

Wider die Ideologisierung der Gesamtschulfrage

Von Suitbert Gammersbach OFM, Vossenack/Eifel

I. DIE LAGE

Der Beschluß, den am 1. März dieses Jahres die Bildungsplanungskommission mit Mehrheit über die Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule gefaßt hat, ist alarmierend, auch wenn dieser Beschluß noch nicht endgültig und rechtsverbindlich ist, sondern gleichsam den Charakter einer ersten Lesung des Bildungsgesamtplanes der Bundesregierung trägt. Schroff standen sich in der Kontroverse über die Einführung der Gesamtschule die Bundesregierung (11 Stimmen) und die SPD Kultusminister der Länder (6 Stimmen) auf der einen Seite und die CDU/CSU regierten Länder (5 Stimmen) auf der anderen Seite gegenüber. Das Abstimmungsergebnis — 17 Stimmen für die Einführung der integrierten Gesamtschule bei 5 Gegenstimmen — markiert klare partei- und koalitionspolitische Fronten; hier SPD/FDP, dort CDU/CSU. Von der Regierungsseite wurde die Vorlage über die Einführung der Gesamtschule damit begründet, daß man möglichst bald eine Entscheidung über eine langfristige Bildungsplanung fällen müsse, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Die CDU/CSU Kultusminister hingegen machten geltend, es sei unverantwortlich, eine Entscheidung zu treffen, ehe keine gesicherten Ergebnisse über die laufenden Gesamtschulversuche vorlägen.

II. FESTSTELLUNGEN

Auch auf die Gefahr hin der parteipolitischen Begünstigung der CDU/CSU geziehen zu werden, stelle ich fest, daß die Bundesregierung und die SPD Kultusminister sich für ihren Schnell-Zeitplan zur Einführung der Gesamtschule weder auf den „Strukturplan für das Bildungswesen“ des Deutschen Bildungsrates noch auf den von der Bundesregierung selber herausgegebenen „Bildungsbericht '70“ berufen können. Die SPD/FDP wird ihren beschleunigten Zeitplan auch nicht in dem von der Düsseldorf Landesregierung herausgegebenen „Nordrhein-Westfalen-Programm 1975“ entdecken können.

a) Der Strukturplan für das Bildungswesen

Im „Strukturplan“ (Stuttgart 1970, S. 152) spricht die „Bildungskommission“ folgende Empfehlung aus: „Für die besondere Form der integrierten differenzierten Gesamtschule hat die Bildungskommission ein Experimentalprogramm empfohlen, da noch zu wenig darüber bekannt ist, ob und unter welchen Bedingungen der aus der Integration erwartete Gewinn

realisiert werden kann. Die Beantwortung dieser offenen Frage ist Aufgabe wissenschaftlich kontrollierter Erprobung.“ Das sind weise Worte; die verantwortlichen Bildungspolitikern sollten sie beherzigen. Daß man aus dieser Empfehlung keine Befürwortung der Gesamtschule als Regelschule herauslesen kann, dürfte völlig klar sein.

b) Bildungsbericht '70

Im „Bildungsbericht '70“ (Bonn 1970) erklärt die Bundesregierung die Gesamtschule zwar eindeutig als Zielpunkt ihres Bildungsprogramms, aber ebenso eindeutig fordert sie die wissenschaftliche Erprobung von Gesamtschulversuchen. Wörtlich heißt es im „Bildungsbericht '70“ (S. 56): „Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß sich das beschriebene bildungspolitische Reformkonzept für die Sekundarstufe pädagogisch, personell und ökonomisch am besten in der integrierten Gesamtschule verwirklichen läßt. Diese neue schulische Organisationsform soll mit Hilfe sorgfältig geplanter und wissenschaftlich kontrollierter Modellversuche entwickelt und erprobt werden“.

c) Nordrhein-Westfalen-Programm 1975

Auf der Linie des Berichtes der Bundesregierung zur Bildungspolitik liegt auch das von der Düsseldorfer Landesregierung Kühn/Weyer herausgegebene „Nordrhein-Westfalen-Programm 1975“ (Düsseldorf 1970). Dieses Programm knüpft — man beachte die klug überlegte Wortwahl! — an die Errichtung von Gesamtschulen „Erwartungen“ (S. 53); von einer Gewißheit eines pädagogischen Erfolges der Gesamtschulen ist keine Rede. Folglich wird im „Nordrhein-Westfalen-Programm 1975“ vorsichtig abwägend als „langfristiges Ziel“ der Bildungsplanung angegeben (S. 54): „Erprobung und — soweit das Ergebnis des Schulversuches dies zuläßt — allgemeine Einführung der Gesamtschule; Integration des gesamten Schulwesens.“ Bis 1975 sollen zunächst nur 30 Gesamtschulversuche durchgeführt werden. Welch kluge Beschränkung angesichts des völlig ungewissen Ausgangs dieser Versuche!

III. IDEOLOGIE ODER ERFAHRUNG?

Ist trotz dieser amtlichen Versicherungen die Einführung der Gesamtschule als Regelschule jetzt, wenn auch nicht juristisch, so doch in der Absicht eine beschlossene Tatsache in den Reihen der SPD/FDP, unabhängig davon, welche Ergebnisse die Gesamtschulversuche an den Tag fördern werden? Man muß den Eindruck gewinnen, daß dies — leider! — der Fall ist. Was bleibt dem die Bildungspolitik beobachtenden Bürger anderes übrig, als zu glauben, daß die Einstellung verantwortlicher Bildungspolitikern in Bund und Ländern zur überstürzten Einführung der Gesamtschule vor allem von deren Parteizugehörigkeit festgelegt ist? Ausschlag-

gebend für die Lösung der anstehenden Frage aber müßten doch Argumente, präziser, müßten doch durch Erfahrungen gesicherte Argumente sein. Und wie sind die bisher gemachten Erfahrungen? Man lese hierzu den Bericht von Sabine Gerbaulet in der FAZ vom 11. Februar 1971. Frau Gerbaulet berichtet über eine Lehrerbefragung, die von der „Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft“ an den vier integrierten Berliner Gesamtschulen im Sommer 1970 durchgeführt wurde. Die Autorin teilt zusammenfassend folgendes Ergebnis mit: „Nach allem verwundert es kaum noch, daß auf die Frage, ob das gegenwärtige Funktionieren der Gesamtschulversuche sichergestellt sei, kein einziger Lehrer mit einem klaren Ja antwortet.“

Oder man lese den Bericht in der FAZ vom 24. 3. 71, also nach dem eingangs erwähnten Mehrheitsbeschluß der Kultusminister. Unter der Überschrift „Für integrierte Gesamtschulen werden noch viel mehr Lehrer benötigt“ heißt es in diesem Bericht, die GEW sei inzwischen zu der Einsicht gekommen, die ursprüngliche Gesamtschulkonzeption der hessischen Landesregierung müsse sowohl von personellen, finanziellen und schulorganisatorischen Gesichtspunkten neu überdacht werden.

Nicht alles, was neu und anders ist, ist schon darum besser, weil es neu und anders ist. Auch moderne und hochgepriesene Lehr- und Lernmethoden müssen in Frage gestellt werden, nicht nur überkommene Wege der Wissensvermittlung. Da lobe ich mir den SPD-Bundestagsabgeordneten *Strohmayr*, der am 10. 3. 71 an die Bundesregierung folgende Anfrage stellte:

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Aussagen von Wissenschaftlern und Kinderärzten durch die Ganzheitslernmethode bei Schulkindern erhebliche Lernschwierigkeiten für Rechtschreibung und Fremdsprachen mit anschließender großer Behinderung zum Besuch weiterbildender Schulen entstanden sind?

Wird sich die Bundesregierung zutreffendenfalls darum bemühen, daß die Kultusminister der Länder diese Ganzheitslernmethode abschaffen?

Die Antwort, die seitens der Bundesregierung der Parlamentarische Staatssekretär *Dr. von Dohnany* auf diese Frage gab, läßt zum wenigsten hoffen, daß das Anliegen *Strohmayrs* auf dem Tisch bleibt. Ich komme zurück auf die Gesamtschulfrage.

Es ist ungeheuerlich, eine Schulform, die noch nicht hinreichend erprobt ist, zur allein gültigen machen zu wollen. Das ist ein Glücksspiel, das ist ein Pokerspiel. Auf Kirmesplätzen oder im Showbusiness mag man beruhigt und heiter an der Glücksspirale drehen; nie und nimmer aber darf man das in der Bildungspolitik tun. Dafür ist unsere Jugend zu schade.

IV. THESEN

Wer meine bisherigen Feststellungen so deuten zu müssen meint, daß ich ein erklärter Gegner der Gesamtschule sei, dem sei versichert, ich bin es nicht. Ich bin offen für Gesamtschulversuche, ja ich begrüße sie sogar.

Ich möchte meine persönliche Stellungnahme zu den Gesamtschulversuchen — wohlgerne nicht zur Gesamtschule; zu ihr ist eine Stellungnahme zur Zeit nur mit großen Einschränkungen möglich — in vier Thesen zusammenfassen. Diese Thesen wollen weder SPD-feindlich sein, noch sind sie CDU-hörig; es sind die Gedanken eines freien Staatsbürgers, der sich für die Bildung unserer Jugend verantwortlich weiß.

1. Alle jungen Menschen in der gleichen Schule, also in der Einheits- oder Gesamtschule, das ist nicht schon die Erfüllung sozialer Gerechtigkeit, das kann auch ein Unrecht am einzelnen Schüler und seiner individuellen Begabung sein. Ein anderes ist dies: gleiche Bildungschancen für alle.

2. Der besten Schulform sollte die Zukunft gehören. Ob das die Gesamtschule oder die in Hauptschule, Realschule und Gymnasium gegliederte Schule ist, das ist zur Zeit noch völlig offen. Die Forderung der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“: „Die Schulbauplanung ist im Hinblick auf die Einführung der Gesamtschule grundlegend zu ändern. Bereits vorhandene Baupläne müssen in diese Änderung einbezogen werden“, ist weniger von pädagogischer Einsicht, dafür um so mehr von gesellschaftspolitischer Ideologie sozialistischer Prägung bestimmt. Ein anderes ist dies: wissenschaftlich zu begleitende und auszuwertende Schulversuche der Weiterentwicklung des bisherigen gegliederten Schulwesens wie auch mit Gesamtschulen sind notwendig. Doch zweierlei ist dabei erforderlich. Erstens: in einem demokratischen Staat, der das Elternrecht als ein Grundrecht anerkennt, muß es eine Selbstverständlichkeit sein, daß zu einzelnen durchgreifenden Schulversuchen das Einverständnis der betreffenden Lehrer, Eltern und je nach Alter auch der Schüler eingeholt wird. Ein staatlicher Dirigismus, der über den Seitenweg der Verwaltung das Elternrecht umgeht, ist eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig, er ist sogar gesetzwidrig. Ein weiteres ist für Schulversuche zu fordern: soll überzeugend erwiesen werden, ob das gegliederte Schulwesen oder die Gesamtschule mehr für Bildung und Ausbildung unserer Jugend zu leisten vermag, so müssen diese Versuche unter entsprechend gleichen personellen, räumlichen und finanziellen (Lehr- und Lernmittel) Bedingungen durchgeführt werden.

3. Mißtraue der Magie der Zahl und der Magie des Begriffs! Mehr Abiturienten und neue Termini in Schulorganisation, Pädagogik und Didaktik bedeuten nicht schon automatisch die tatsächliche Anhebung des Bildungsniveaus. Es gibt nicht nur Inflationen in der Wirtschaft, es gibt sie auch im Bereich der Bildung: Nominalwert und Realwert der Bildung beginnen

bereits zu divergieren. Es ist an der Zeit, diese Gefahr zu signalisieren. Ein anderes ist dies: es gilt immer wieder neu zu bedenken, wie können wir jedem jungen Menschen zu einem Mehr an Bildung und Berufsreife verhelfen. Gibt es hierzu bessere Wege als sie bisher in unseren Schulen beschritten wurden? Diese Frage kann nie ein für allemal beantwortet sein.

4. Verhängnisvoll würde sich auswirken, wenn die Lehrerausbildung im Hinblick auf eine anzustrebende Gesamtschule, die (um es nochmals zu sagen) zur Zeit erst im Anfang ihres Erprobungsstadiums steht und ihre Bildungsmächtigkeit darum noch nicht erweisen konnte, nivelliert würde. Der Leidtragende einer Nivellierung der Lehrerausbildung ist letztlich immer der Schüler. Das taktische Rezept: schafft erst einmal den Einheitslehrer, dann stellt sich die Einheitsschule schon von selber ein, wäre vom pädagogischen Standpunkt aus geradezu unverantwortlich. Insbesondere gilt: der Lehrer der gymnasialen Oberstufe, also der künftigen Sekundarstufe II, bedarf einer Ausbildung, die ihn dazu befähigt, den hohen wissenschaftlichen Anforderungen dieser Stufe voll zu entsprechen. Ein anderes ist dies: jedem Lehrer, gleich für welches Lehramt er sich qualifiziert hat, muß die Chance gegeben werden, sein Lehramt durch zusätzlich zu erwerbende Qualifikationen zu erweitern.

V. SCHLUSS

Unsere Zeit ist im Vergleich zu früheren Epochen in einer rasanten Entwicklung. Das haben wir zur Kenntnis zu nehmen. Aber hüten wir Lehrer und Erzieher uns — und ich sage dies besonders den für den Bildungsbereich Verantwortung tragenden Politikern —, hüten wir uns, uns in einen Strudel überstürzter Entscheidungen hineinreißen zu lassen. Im Dienst an der Bildung unserer Jugend gilt, was immer gegolten hat und wohl auch künftig Geltung behalten wird: das Gesetz organischen Wachstums.